

Wien, Freitag, den 27. Mai 1927.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 27. Mai 1927.

Bürgermeister Seitz eröffnet um 5 Uhr die Sitzung und Gemeinderat Stein, der an der konstituierenden Sitzung des Gemeinderates nicht teil genommen hatte, leistet die Angehörung. Vor Eingehen in die Tagesordnung, die 191 Redner zum Wort gemeldet sind, erklärt Bürgermeister Seitz, dass die umfangreiche Tagesordnung darauf zurückzuführen sei, dass anlässlich der Wahlen der Wiener Gemeinderat keine Sitzung abhalten konnte. Viele Geschäftsstücke, deren Erledigung unumgänglich notwendig war, mussten auf Grund des § 96 der Verfassung erledigt werden und liegen nun dem Gemeinderat zur nachträglichen Genehmigung vor. Vorerst werden die Geschäftsstücke von grösserer, weittragender und grundsätzlicher Bedeutung erledigt werden, dann die laufenden Geschäftsstücke und schliesslich jene Geschäftsstücke, die auf Grund des § 96 bereits behandelt und der nachträglichen Genehmigung des Gemeinderates bedürfen. Um die umfangreiche Tagesordnung bewältigen zu können, wird notwendig sein, mehrere Sitzungen in der Woche abzuhalten.

Stadtrat Weber referiert nun über das neue Wohnprogramm und führt aus: An die Spitze meiner Ausführungen möchte ich den Antrag im Wortlaut stellen:

1. Die Gemeinde Wien wird in den nächsten fünf Jahren vom Jahre 1928 angefangen durch Errichtung von Hoch- und Flachbauten jährlich 6000 Wohnungen, zusammen 30.000 Wohnungen, samt der entsprechenden Anzahl von Geschäftslokalen, Werkstätten und den erforderlichen sozialen Einrichtungen zur Herstellung bringen.

2. Der Magistrat wird beauftragt, die notwendigen Vorarbeiten sofort in Angriff zu nehmen und hierbei auch für die Erstellung von grossen Wohnungen, samt den erforderlichen Nebenräumen vorzu- sorgen.

Als der Gemeinderat am 21. September 1923 den denkwürdigen Beschluss fasste, innerhalb von fünf Jahren 25.000 Wohnungen zu bauen wurden mannigfache Zweifel laut und der Meinung Ausdruck gegeben, dass die Gemeinderatsmehrheit nicht willens oder nicht im Stande sei, das Versprechen einzulösen. Die Tatsachen haben die Zweifler und Nörgler eines besseren belehrt. Noch vor Ablauf der fünf Jahre konnte das Versprechen erfüllt werden und am 15. Dezember 1926 konnte der Gemeinderat bereits die Erbauung von weiteren fünftausend Wohnungen beschliessen. In fünf Jahren sind also insgesamt 30.000 Wohnungen errichtet worden. Diese gewaltige Leistung erfüllt uns mit berechtigtem Stolz und mit Genugtuung. Ohne uns zu überheben, können wir sagen, dass wir ein ganz ausserordentlich grosses soziales, kulturell bedeutungsvolles und wirtschaftliches Werk geschaffen haben. Dieses Werk hat in der ganzen Welt Aufsehen erregt und Bewunderung hervorgeufen (Dr. Alma Motzko (chr. soz.): Die Ansichten sind sehr geteilt). Jawohl, das ganze Ausland hat seine Aufmerksamkeit auf die Wiener Wohnbautätigkeit gerichtet. Ich möchte mein Referat heute zum Anlass nehmen, allen, die an diesem grossen Werke mitgewirkt haben, allen voran unserem Freunde Stadtrat Siegel, dem Stadtbaudirektor Dr. Ingenieur Musil, allen Beamten und Ingenieuren, allen manuellen Arbeitern und allen anderen, die an der Ausführung beteiligt waren den Dank des Gemeinderates zum Ausdruck zu bringen (Lebhafte Beifall). In städtebaulicher und künstlerischer Hinsicht wurde Unvergleichliches geschaffen. Die Architekten des Stadtbaubamtes und die Privatarchitekten haben ihr bestes geleistet. In keiner Stadt der Welt haben die Architekten eine so gewaltige Aufgabe übertragen bekommen, bei uns wurde zum erstenmal mit der Verlogenheit der früheren Bauweise gebrochen und den Architekten die Möglichkeit geboten, ihr künstlerisches Empfinden frei zum

Ausdruck zu bringen. Fachleute des Inn- und Auslandes haben dies auch anerkannt. Von den vielen Urteilen, die ich Ihnen vorlegen könnte und die Ihnen ja bekannt sind, möchte ich nur eines hervorheben, das Urteil des Misters Harris, des Chefs der Bildungsabteilung im britischen Wohlfahrtsministerium, der sagt, dass keine Gartenstadt dem Städter wesentlich mehr an Wohlkultur und Wohnhygiene bieten kann, als es die Wohnhäuser der Gemeinde Wien tun. In keinem Proletarierviertel irgend einer Grosstadt der Welt habe er gefunden, was in Wien zu sehen ist: Fröhliche Menschen und lachende Kinder! Das ist das Urteil eines unbefangenen Fachmannes. Unsere Wohnhausbauten haben die furchtbare Öde der Vorstädte wohltuend unterbrochen und wir können ohne Uebertreibung sagen, dass in den letzten fünf oder sechs Jahren ein neues Wien mit neuen Menschen entstanden ist (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit und Widerspruch bei der Minderheit). In sozialer Beziehung wurde dem Jahrzehntelangen Zurück und dem Stillsitzen ein energisches Vorwärts geboten. Alle Zinskasernen der Vorkriegszeit wohnen müssen, sehnen sich aus ihren Wohnungen heraus und wünschen, eine Wohnung in einem Gemeindehaus zu bekommen. Unsere Wohnhausanlagen enthalten alles, was zur Wohnkultur gehört und was bisher nur in den grossen Wohnungen in den Nobelvierteln zu finden war. Die Minderheit müsste sich nach ihren Grundsätzen doch für Wohnkultur begeistern. Was tut sie aber? Sie setzt den ungeheuren Fortschritt, der hier gemacht worden ist, herab, sie sucht die Tätigkeit der Gemeinde Wien herabzuwürdigen und, während die Leute, die das Glück haben in den Häusern der Gemeinde zu wohnen, alles Lobes voll sind, nennt die Minderheit diese Häuser Wanzenburgen. Die christlichsoziale Wahlzeitung bezeichnete den Reumannhof als Wanzenburg, weil dort arme obdachlose Leute mit wenig Hausrat eingezogen sind. Ist es denn eine Schande, arm zu sein, und obdachlos gewesen zu sein. (Widerspruch und Lärm bei den Christlichsozialen: Sie verdrehen!) Ich verdrehe nicht, lesen Sie die Zeitung nur nach. Wir sind stolz darauf und glücklich Menschen aus dem tiefsten Elend herauszunehmen. (Beifall bei der Mehrheit und Rufe bei den Christlichsozialen: Die nehmen Sie ja gar nicht in Ihre Häuser!) Ich bin der Ueberzeugung, dass Sie alles was Sie sprechen und schreiben, selbst nicht glauben. (Beifall bei der Mehrheit, Widerspruch bei der Minderheit). Denn würden Sie es glauben, dann dürfen Sie wahrhaftig nicht ihren eigenen Parteigenossen zumuten in diese "Wanzenburgen" einzuziehen. (G. R. Freyer: Die Christlichsozialen bekommen ja gar keine Wohnung! - GR. Eisinger: Das glauben Sie selbst nicht!) In wirtschaftlicher Beziehung war unsere Wohnbautätigkeit nicht minder wichtig. Die Arbeitslosigkeit, die uns die Sanierung des Staates gebracht hat, wäre viel schrecklicher gewesen, wenn nicht zehntausende Arbeiter und Angestellte unmittelbar und noch viel mehr mittelbar durch unsere Wohnbautätigkeit beschäftigt worden wäre. Weit über Wien hinaus hat sich diese Tätigkeit hinausgewirkt, bis in die oberste industrielle und in die Forste, wo das Holz für unsere Bauten gewonnen wurde. Die Wohnbautätigkeit ist aber auch das unerschütterlichste Fundament, auf dem der Mieterschutz aufgebaut ist. (Doppler: In den Gemeindehäusern gibt es gar keinen Mieterschutz! GR. Stein: Die Bewohner der Privathäuser wären froh, wenn sie auf für immer so geschützt wären, wie die Bewohner der Gemeindehäuser.) Von dem grossen Wohnbauprogramm sind bisher 25.000 Wohnungen fertiggestellt und bezogen. Die restlichen siebentausend werden in den nächsten Monaten fertig. Diese angespannte Bautätigkeit hat es möglich gemacht, alle dringenden Fälle unterzubringen und darüber hinaus noch unverschuldet obdachlos gewordenen Personen Wohnungen zu vermieten. (GR. Huber: Sie klassifizieren ja seit zwei Jahren nicht mehr. - GR. Hofbauer: Sätzt klassifizieren die Hausherrn, aber nach der Brieftasche!) Wenn es trotz der ungeheuren Leistung der Gemeinde nicht möglich war, alle Bedürftige mit Wohnungen zu versorgen, zeigt das nur den gewaltigen Umfang der trau-

Zweiter Beleg:

rigen Erbschaft aus der Vorkriegszeit und aus der Kriegszeit. (GR. Hoppeler: Das glauben auch nur Sie. - StR. Rummelhardt: Ein unerhörter Vorwurf ist das! - GR. Kohl: Wollen Sie vielleicht die Wiener Wohnungsschande der Vorkriegszeit wegleugnen?)

Es ist uns dank unserer Wohnbautätigkeit gelungen, die Obdachlosigkeit in ihren krassen Auswüchsen und Formen zu beseitigen. (GR. Unterwiesing: Bis auf die Leute in den Mistkisten! - GR. Täubler: Vor dem Krieg waren die Kanalbewohner eine allgemeine Erscheinung in Wien!) Es gibt Obdachlose, die auch dann obdachlos sein werden, selbst wenn es wieder leere Wohnungen geben sollte. Das sind jene unglücklichen Menschen, die in dieser gottgewollten Wirtschaftsordnung völlig aus der Bahn geschleudert wurden. (GR. Doppler: Und aus dem Obdachlosenheim wurden sie hinausgeworfen!) Wir haben keinen Obdachlosen hinausgeworfen. (Zustimmung bei der Mehrheit)

Die Nichterneuerung des Wohnungsanforderungsgesetzes war für das Wiener Wohnungswesen ein schwerer Schlag. Der Anschlag war türkisch. Aber wir können heute feststellen, dass er misslungen ist. Durch die Wohnbautätigkeit der Gemeinde Wien ist er abgewehrt worden. Der Mieterschutz ist gefestigt worden. Die Nichterneuerung des Wohnungsanforderungsgesetzes hat einen sogenannten freien Wohnungsmarkt geschaffen. Dieser freie Wohnungsmarkt hat es den Hausherrn ermöglicht, ihre Wohnungen zu den höchsten Preisen an den Mann zu bringen. GR. Huber: Das ist eine Unwahrheit, beweisen Sie das! - GR. Eisinger: Beispiele genug können Sie hören! Auf den Banken der Minderheit entsteht ein grosser Lärm, so dass der Referent nicht weiter sprechen kann. Bürgermeister Seitz mahnt den Gemeinderat zur Ruhe und richtet an die Minderheit das Ersuchen, sich auf einige witzige und die Debatten belebende Zwischenrufe zu beschränken.

GR. Huber: Keine Komödie wollen Sie aus dem Gemeinderat machen, wir lassen uns hier nicht schulmeistern.

GR. Dr. Alma Motzke: Herr Bürgermeister sagen Sie dem Referenten, dass er einen anderen Ton anschlagen soll!

StR. Weber: Das hängt ganz von Ihnen ab.

Endlich legt sich der Lärm und der Referent kann weitersprechen. Da infolge der Nichterneuerung des Wohnungsanforderungsgesetzes der Gemeinde keine grösseren Wohnungen mehr zur Verfügung stehen, muss sie jetzt vorsorgen, dass Personen, die zur Ausübung ihres Berufes eine grössere Wohnung brauchen, solche Wohnungen von der Gemeinde bekommen. Wir werden daher jetzt auch grössere Wohnungen bauen, wir werden weiters, um das Untermieterelend zu beseitigen, mehr Junggesellenwohnungen bauen und wir werden die Wohnungen im allgemeinen vergrössern. Die kleinste Wohnung einer Familie wird vierzig Quadratmeter gross sein und drei Wohnräume umfassen; sie wird um 18 Quadratmeter grösser sein, als die Wohnungen in den Privathäusern. Den Siedlungsbau werden wir mindestens in dem Ausmasse fortführen wie bisher. Wenn uns der nötige Grund zur Verfügung steht, werden wir ihn noch mehr fördern. Wir werden Gartenstädte bauen, zunächst zwei, eine bei der Spinnerin am Kreuz mit 1200 Wohnungen und eine am Tivoli. Der Mangel eines Enteignungsgesetzes, wie es in allen Kulturstaaten vorhanden ist, hemmt uns in unserer Arbeit noch sehr. Wir werden Ihnen aber schon in ganz kurzer Zeit im Nationalrat Gelegenheit geben, auf diesem Gebiete Ihr soziales Gefühl zu bekunden. (Beifall bei der Mehrheit).

Was die Bedeckung anlangt, wird sich an dem bisherigen Zustand nicht viel ändern. Wir werden nach wie vor die Wohnsteuer dazu verwenden und im Budget Vorsorge treffen. Anleihen werden wir für den Wohnungsbau nicht aufnehmen, weil wir den Wohnhausbau als eine dauernde

Angelegenheit der Gemeinde betrachten, für die die Mittel jährlich aufgebracht werden müssen. Mit dem Beschluss des Gemeinderates wird das grosse Aufbauprogramm der Gemeinde fortgeführt und zehntausenden Arbeitern und Angestellten, Gewerbetreibenden und Industriellen eine Verdienstmöglichkeit geboten. An diesem grossen Werk mitzuarbeiten, ist Pflicht eines jeden sozialführenden Menschen, eines jeden patriotisch denkenden Menschen und ich bitte Sie um einstimmige Annahme des Antrages. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit.)

Als erster Redner spricht zum Referat des Stadtrates Weber Gemeinderat Pfeiffer (Einheitsliste). Er begrüsst es, dass das Wohnbauprogramm an die Spitze der Tagesordnung gestellt wurde. Ueber das Wohnbauprogramm muss mit vollster Objektivität und Sachlichkeit gesprochen werden. Eine solche Beurteilung müssen auch der Mieterschutz und die Zinsfrage finden. Zu dem Wohnbauprogramm muss man vor allem zwei Fragen nähertreten. Der einen Frage ob es richtig sei, dass die Gemeindeverwaltung den Wohnhausbau monopolisiere, und der zweiten Frage, ob die Bauten zweckmässig aufgeführt wurden. Die erste Frage ist zu verneinen, da die Gemeinde viel zu teuer baut. Dazu kommt, dass die Abrechnungen von Wohnhausbauten der Jahre 1923 und 1924 noch nicht abgerechnet sind. Der Bau der gewaltigen Anlage Steinhof wurde seinerzeit in einem halben Jahr abgerechnet. Weiters ist dazu zu bemerken, dass die Mittel der Wohnsteuer, die 36 Millionen ausmachen, nicht für die Kosten der Wohnbautätigkeit hinreichen, die 96 Millionen betragen. 60 Millionen müssen also aus laufenden Steuern aufgebracht werden, die lieber der Volkswirtschaft belassen werden sollen. Wir Grossdeutsche sind für die Gartenstadt. (Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten; Einheitsliste). Da irren Sie sich! Ich spreche hier als Angehöriger der grossdeutschen Partei. Die Einheitsliste ist keine Partei und daher spreche ich auch als Grossdeutscher. Auf dem Wohnbaukongress wurden gegen Ihre Hochbauten die verschiedensten Einwendungen erhoben. So sagte zum Beispiel Architekt Paulsen aus Berlin, dass der Bau aus öffentlichen Mitteln zu teuer kommt, weil die Gemeinden eben teurer bauen. In den Hochbauten sind die Menschen in ihre vier Wände eingesperrt. Man kann den alten Leuten, die im fünften oder sechsten Stockwerk leben, nicht zumuten, so oft sie sich im Freien erholen wollen, die Stiegen zu steigen. Auch ist durch das Wohnen in den Hochbauten die Überwachung der Kinder, die im Freien spielen, nicht möglich. Was machen Sie in Ihren Hochbauten, wenn eine Seuchengefahr droht? Auch die Erhaltungskosten solcher Riesengebäude, wie Sie sie bauen, sind nicht minder. Es muss da entweder der Gemeindegeldbeutel belastet werden, oder die Erhaltungskosten durch eine Zinsteigerung hereingebracht werden. Vom moralischen Standpunkt ist zu verwerfen, dass die Parteien in den städtischen Bauten parteipolitisch überwacht werden. Es wird auf die Parteien ein starker Druck hinsichtlich des Haltens von Zeitungen ausgeübt. Das gleiche geschieht auch bei Besuchen von Vorträgen. Das sind Tatsachen, die Sie nicht hinwegleugnen können. Jeder Bewohner muss die Möglichkeit haben, sich so parteipolitisch einzustellen, und sich so zu bilden, wie es ihm passt. (Beifall bei der Minderheit). Es haben viele Parteien in den Gemeindebauten die Einheitsliste gewählt. Das waren Sozialdemokraten, die sich gegen den Druck, den sie auf die Parteien ausübten, mit dem Stimmzettel gewährt haben.

Vor dem Krieg hatten wir in Wien um 200.000 Menschen mehr und keine Wohnungsnot. Heute haben wir eine Wohnungsnot und viele Menschen müssen noch geeigneter Wohnungen entbehren. Es ist zweifellos, dass viele Menschen heute besser wohnen, die früher im Elend gewohnt haben. Das trotzdem eine Wohnungsnot in Wien ist, ist die Folge einer schlechten Verteilung der Wohnungen. Tausende Menschen haben zu grosse Wohnungen, und daher können viele andere keine Wohnung finden. Das ist ein Nachteil.

des Mieterschutzes und Zinsschutzes. Dr. Waber hat im Justizministerium eine Statistik über die Zinsverhältnisse herstellen lassen. Da hat sich nun ergeben, dass die höheren Beamten den eintausendeinundsechzigfachen Zins zahlen und die Amtsdienerschaft den dreitausendachtundzweihundertfachen. In dieser Hinsicht weist also der Mieterschutz einen gegenteiligen Erfolg auf.

Ich habe schon bemerkt, dass wir für die Gartenstadt schwärmen. Grosse Siedlungen jenseits der Donau wären die einzige Lösung der Wohnungsnot. Bürgermeister Reumann hat die Gartensiedlungen sehr gefördert. Es wurde sogar Regierungsrat Dr. Kampffmayer nach Wien herufen, aber jetzt ist er von Ihnen ganz kaltgestellt. Die Kernhausaktion hätte ebenfalls fortgesetzt werden sollen, dann wären wir zu einem befriedigenden Ergebnis gekommen.

Sie haben es nicht gerne, wenn die Menschen aus den grossen Wohnhausanlagen herausgeführt werden. Hat doch einer Ihrer Parteigenossen von den Egoisten gesprochen, die nur für ihr Heim und für ihre Kinder leben und nichts für die Allgemeinheit übrig haben. Auf dem Internationalen Städtebaukongress im Vorjahr haben Sie versprochen, dass 1600 Siedlungshäuser gebaut werden.

G.R. Reismann (soz. dem.): Wir haben nicht die notwendigen Grundstücke!

G.R. Pfeiffer: Dieser Einwand ist falsch. Es gibt in Wien noch 12,346 Hektar Acker, Weide und Wiese. Nur 140 Hektar wurden bis jetzt von der Gemeinde für Siedlungen verwendet. Mit der Hälfte dieser Grundflächen könnte man 100.000 Siedlungshäuser schaffen. Schliesslich gibt es auch noch ein Bundesland Niederösterreich, das Sie als feindliches Ausland betrachten. Es wäre von Herzen zu wünschen, dass die gewaltsame Zerreissung der beiden Länder keine dauernde ist, sondern im Laufe der Jahre eine gemeinsame Verwaltung wieder erfolgt. Die Gartenstadt hat auch grosse Vorteile bezüglich der Ernährung, was sich insbesondere in der Zeit der Lebensmittelnot gezeigt hat. Es wäre der Mehrheit zu empfehlen, sich in Deutschland das Siedlungswesen anzuschauen. Dort werden billige Kredite für solche Bauten gegeben. Die Art und Weise, wie die Gemeinde das Siedlungswesen allmählich in den Hintergrund gedrängt hat, ist uns ein Beweis dafür, dass Sie es mit den Siedlungen nicht ernst nehmen und Ihre Mammutbauten fortsetzen wollen. Wir werden gegen diese Vorlage stimmen, weil wir gegen das Monopol der Bautätigkeit sind, weil wir dagegen sind, dass die Gemeindesteuern zu Investitionen verwendet werden und weil wir einem System der Kontrolllosigkeit, das bis heute noch keinen einzigen Bau uns zur Abrechnung vorgelegt hat, Stellung nehmen. ^{Wir} sind aber auch dagegen, weil wir nicht wollen, dass in diesen Häusern die Menschen parteipolitisch geknechtet werden. Wir wollen die Gartenstadt, die nicht nur die Liebe zur Scholle sondern auch die Liebe zum deutschen Vaterland stärkt. (Beifall bei der Minderheit).

G.R. Kynschak (Einh. Liste): Die Vorlage enthält bezüglich des finanziellen Teiles kein Wort. Aber ich möchte doch darauf verweisen, dass alle diese Bauten geschändet sind mit einer Lüge. Auf allen diesen Bauten steht: Errichtet aus den Mitteln der Wohnbausteuer. Nun wissen wir alle, dass nur ein Drittel aus der Wohnbausteuer bestritten wird und ich weiss nicht, ob man auch bei den kommenden Bauten die Häuser wieder mit dieser Lüge schmücken will. Ich will aber im Interesse des Ansehens und der Glaubwürdigkeit der Gemeinde raten, dass man diese Aufschrift nicht mehr anbringe. Was soll übrigens mit dieser ^{Wir}reführung der Bevölkerung bezweckt werden. Wenn Sie die Absicht haben dadurch die Wohnbausteuer populärer zu machen, so ist das nur eine Spekulation niedrigster Art. Vielleicht beabsichtigen Sie damit die öffentliche Kritik irre zu führen. Es werden die städtischen Bauten von Leuten aus dem Ausland besichtigt und insbesondere die Teilnehmer am Städtebaukongress wurden amtlich in die grossen Anlagen geführt. Diese Leute waren der Meinung, dass die Gemeinde

aus ihren laufenden Mitteln für den Wohnhausbau gar nichts aufwendet, sondern entsprechend den Aufschriften nur die Zwecksteuer dazu verwendet. In dieser Beldächtung wird diese Lüge geradezu eine Schande und sie düffte auf keiner Baustelle und auf keinem Gebäude mehr angebracht werden (Lebhafter Beifall bei der Minderheit). Einmal ist uns ja schon diesbezüglich eine Zusage gemacht worden. Sie wurde aber nicht eingehalten.

Der Referent hat erklärt, dass er die Verhältnisse aus der Vorkriegszeit übernommen hat. Das ist unrichtig. Sie haben die Verhältnisse aus der Kriegszeit übernommen und wenn ein Erbe aus der Vorkriegszeit vorhanden ist, so nur im günstigen Sinne. Tatsache ist, dass die Gemeinde vor dem Krieg die öffentliche Bautätigkeit zu unterstützen begonnen hat. Es hat schon vor dem Krieg eine städtische Bautätigkeit gegeben. Es trifft sich in einzelnen Fällen sehr gut, dass diese von der Gemeinde vor dem Krieg errichteten Bauten neben den jetzt geschaffenen Anlagen gestellt werden. Der Vergleich fällt nicht zu ungunsten der vor dem Krieg errichteten Häuser aus. Sie können das sehr deutlich am Döblinger Gürtel sehen. Die Häuser der Strassenbahner haben zwei Fenster, die jetzt von der Gemeinde gebauten nur eines. Auch die Strassenbahnerhäuser haben durchwegs Wohnungen, die ins Freie führen. Interessant ist die Höhe der Bauten. Ihre Anlage ist genau so hoch, wie die vor dem Krieg errichtete, hat aber vier Stockwerke, während die andere nur drei Stockwerke zählt. Jede Wohnung, die Sie gebaut haben, ist also wesentlich niedriger, als die Wohnung der Strassenbahner, was auch im Kubikraum zum Ausdruck kommt. Sie haben einen sogenannten Pufferraum geschaffen. Das ist kein Vorzimmer, keine Kammer, kein Gang und wurde nur in der Verlegenheit so benannt, wird aber in die Wohnungsfläche eingerechnet. Es ist also dem Referenten ein kleines Missgeschick passiert, als er sich auf das traurige Erbe berufen hat. Sie brauchen nur dort fortsetzen, wo früher, allerdings im kleinen Umfang, begonnen wurde. Auch Sie hätten vor dem Krieg nicht mehr Wohnungen gebaut, weil die private Konkurrenz vorhanden war. In Leopoldau wurden für die Gaswerkbediensteten Personalhäuser gebaut. Den Leuten waren diese Wohnungen zu luxuriös und zu teuer. Sie haben lieber in ihren alten schlechten Wohnungen gehaust und waren nicht zu bewegen in die neuen schönen Wohnungen einzuziehen. Mit diesen Dingen hätten Sie damals zu rechnen gehabt und würden zweifellos mit einer umfangreichen Bautätigkeit Fiasko gemacht haben. Heute haben Sie es sehr bequem. Es gibt keine Konkurrenz und Sie haben auch das Monopol auf die Wohnungsvergebung. Damals gab es zwölf- bis dreizehntausend leere Wohnungen, heute gibt es 30.000 Wohnungssuchende. Ein Vergleich mit der Vorkriegszeit ist nur eine Spekulation auf die Vergesslichkeit der Leute.

Es wird auch viel über die Erleichterungen in den städtischen Häusern gesprochen. So soll der Waschtrog seinen Schrecken verloren haben. Ich habe hier einen Brief aus dem Hamuschhof, dem eine amtliche Kundgebung des Mietervereines beiliegte. Es wird da mitgeteilt, dass die Mieter, die dem Verein nicht angehören, von den Stiegenvertrauensmännern keinerlei Arbeit mehr zu erwarten haben. Der Herr Bürgermeister hat in der letzten Sitzung über den Stiegenrat gespottet. So etwas gibt es angeblich nicht.

G.R. Hofbauer (soz. dem.): So was soll es sogar im Mietengesetz geben!

G.R. Kynschak: Vielleicht haben Sie ein Moskauer Mietengesetz in der Hand gehabt, in österreichischen steht darin nichts! (Lebhafte Heiterkeit bei der Minderheit). In dem Brief heisst es dann weiter, dass die 400 Mieter sich alle Frechheiten der Stiegenvertrauensmänner gefallen lassen müssen, die Herren sind über den grossen und kleinen Saal, wo sozialistische Versammlungen abgehalten werden und es wird die Frage gestellt, wer die Beleuchtung für diese Säle zu zahlen hat. Sie sind auch die Herren über das Hausbad, das nach Vorschrift nur den Hausparteien zur Verfügung stehen sollte, damit aber mehr verdient wird, baden auch die Leute aus der ganzen

Umgebung. Der Hausverein verdient daran 200 Schilling. Dafür müssen sich die Hausparteien am Freitag und Samstag beim Bad anstellen. Zum Schluss wird noch gebeten, unter keinen Umständen den Brief aus der Hand zu geben.

G.R. Huber (Einh. Liste): Sonst kommt die Kündigung!

G.R. Kunschak: Es zeigt sich also, dass die Zustände nicht so sind, wie sie der Referent geschildert hat. Es wäre gut, wenn Stadtrat Weber statt hier derart pathetisch von den Schönheiten der Häuser zu reden, sich um die Zustände kümmern würde. (Beifall bei der Minderheit). Aber in seiner Brust wohnen zwei Seelen. Die des Wohnungsreferenten und die des sozialdemokratischen Funktionärs. Würde er nur als Wohnungsreferent auftreten, dann könnten die Vertrauensmänner mit ihm in Konflikt kommen und ihre Begeisterung könnte sich in Verdrässenheit umwandeln. (Beifall bei der Minderheit).

Es ist auch unrichtig, dass die Obdachlosigkeit nur auf Kreise beschränkt ist, die das Schicksal vollständig aus dem Geleise geworfen hat. Darunter stellt man sich Menschen vor, die nicht wirtschaftlich sondern auch moralisch Schiffbruch erlitten haben. Das sind aber die Obdachlosen durchwegs nicht. Darunter sind eine Menge Leute, die in Stellung sich befinden aber unter dem glorreichen Mieterschutz keine Wohnungen finden können. Auch der Zinsgeier ist nicht ausgestorben. Das wissen die Untermieter am besten, die fünf bis sechs Schilling für ein Bett, das in der Küche steht, zahlen müssen. Das Elend der Untermieter in Wien ist himmelschreiend. Es gibt keine Schicht, die so bewacht wird. Sie sind also keineswegs des Obdachloseneleands Herr geworden, es grassiert mehr wie bisher. Sie haben nur ein gutes, das ist Ihr Einfluss auf die Polizei. Früher hat die Polizei Berichte über die Obdachlosigkeit herausgegeben und die Arbeiter-Zeitung hat sie unter dem Titel die Wiener Obdachlosenschande veröffentlicht. Heute kann es passieren, dass man aus der städtischen Mistkiste einen Toten herzieht, ohne dass die Öffentlichkeit davon erfährt. Stadtrat Weber hat heute selbst gesagt, der Mieterschutz führe zur Wohnungsnot. Die Spitze des Mieterschutzes, die in das Fleisch der Mieter eindringt, die muss wenigstens abgebrochen werden. (Beifall bei der Minderheit). Eine solche Forderung steht aber im schroffsten Widerspruch mit Ihrer bisherigen Haltung: An dem Mieterschutz darf nicht gerüttelt werden. Sie sind deshalb mitter verantwortlich für die Verhältnisse. Sie sagen, Sie wollen so viel Wohnungen bauen, dass der Mieterschutz überflüssig wird. Das ist ein kühnes Wort und erfordert so reiche Mittel, dass wir uns fragen müssen was muss in diesem Mieterschutz stecken, wenn sie Billionen auf Billionen hineinstecken. Kann man das nicht rascher und billiger machen? Denn gerade in der wichtigen Frage der Sicherung der Wohnung bauen Sie doch ab. Mit jedem neuen Mieter ist einer weniger, der unter den Mieterschutz fällt. Wenn wir Ihren Versprechungen glauben können, so werden es 60.000 Menschen sein, für die der Mieterschutz abgebaut ist. Jetzt haben Sie sich auch zu einer Änderung Ihres Wohnbauprogrammes entschlossen. Sie wollen nicht mehr nur Zimmer und Küchenwohnungen bauen, sondern bis zu fünf Wohnräumen gehen. Wir haben dagegen nichts einzuwenden. Die Frage ist nur die, ob die Proleten, für die Sie ja die Bauten schaffen, auch das Geld haben, um sie zahlen zu können. Wenn der Zins heute schon auf das dreitausend- bis viertausendfache hinaufgeht, dann wird noch mehr verlangt werden müssen. Die Leute können aber diesen Zins nicht mehr zahlen, weil infolge des Mieterschutzes die hohe Zinsquote in den Lohn nicht einkalkuliert ist.

Stadtrat Weber hat gesagt, dass sich auf dem Wohnbaukongress auch Stimmen für die Wohnbautätigkeit der Gemeinde Wien lobend ausgesprochen habe. Das ist wohl wahr, aber es gibt eben verschiedene Ansichten. Interessant aber ist es, dass sich Herr Stadtrat Weber gerade auf die Stimmen privatkapitalistischer Vertreter beruft. Für die ist natürlich der Zinskaser-

nenbau eine ideale Lösung. Auf solche Leute, Herr Stadtrat, sollten Sie sich nicht berufen. Der Gründer der Bodenreform, Adolf Damaschke, eine internationale Kapazität auf dem Gebiete des Wohnungsbaues hat in der Zeitschrift "Die Bodenreform" die Wohnbautätigkeit der Gemeinde Wien als eine Todsünde an den Arbeitern, an den Kindern und am Volk bezeichnet. Das Urteil des deutschen Wohnungspolitikers Peus war Ihnen höchst unangenehm. Der schreibt in der Zeitung "Die Sächsische Siedlung": Bauet nicht wie in Wien. Das ist geradezu ein Schreckenssignal in Deutschland. Peus spricht sich für die Siedlerbewegung aus. Von der Wiener Siedlungsbewegung aber sagt er, dass es falsch sei, Siedlungshäuser in Miete zu geben. Die Heimstätten müssen persönliches Eigentum sein. Sie müssen von der Familie erhalten und verwaltet werden. Auch in Ihrem Wohnbauprogramm soll nun der Flachbau etwas zur Geltung kommen. Sie aber haben der Siedlungsbewegung allen Schwung und ethischen Inhalt genommen. Die Siedler haben nur ein begrenztes Mietrecht. Nach dreissig Jahren geht das Siedlungshaus in den Besitz der Gemeinde über. Das heisst, den Siedlungsgedanken zerstören. Dadurch wird die Siedlungsbewegung um allen Wert gebracht, die doch durch nichts vergiftet werden soll. Ihr Einwand, dass für Flachbauten kein günstiges Baugelände vorhanden sei, gilt nicht. In dieser Beziehung ist Wien allen anderen Weltstädten weit voraus. Die Gartenstädte müssen an der Peripherie der Stadt errichtet werden und dort gibt es dafür ein ungeheures Gelände. In Floridsdorf z.B. gibt es solche grosse Möglichkeiten zur Entfaltung dieser Wohnbautätigkeit. Auch würde ein elektrischer Verkehr von Floridsdorf nach dem Hauptzollamt in Verbindung mit der Stadtbahn eine glänzende Sache sein. Sogar eine unbenützte Brücke ist dafür da, die Nordwestbahnbrücke. Da draussen in Floridsdorf eine proletarische Gartenstadt zu errichten, das wäre so recht im schönsten Sinne der Siedlungsbewegung gelegen. Sie müssen aber vor allem die Siedlungsbewegung von der Bestimmung befreien, dass die Siedlungshäuser nach dreissig Jahren in den Besitz der Gemeinde übergeht. Das will ich gesagt haben, damit Herr Stadtrat Weber nicht selbst glaubt, was er so im Pathos gesprochen hat. Denn wenn er das gesagt selbst glaubt, dann bleibt es beim Häuserbau und bei der Tyrannei. (Beifall bei den Christlichsozialen).

Als nächster Redner spricht Gemeinderat Stein, der ausführt, dass sich siebenhunderttausend Menschen für das Wohnbauprogramm der Gemeinde Wien ausgesprochen haben. Wenn die Auffassungen der Opposition richtig wären, dann hätte sie nicht zur Einheitsliste greifen müssen. Es wird versucht, mit den Ausführungen sozialdemokratischer Redner auf den Städtebaukongress gegen die Wohnbautätigkeit der Gemeinde Opposition zu machen. Das sind aber nicht Männer, die verklärte Parteiideen zum Ausdruck bringen. Sie haben von Peus und Wagner gesprochen. Das ist aber nicht Ihre echte Liebe. Sie kämpfen nämlich nicht gegen die Art des Wohnbaues, sondern gegen unsere diesbezügliche Auffassung, Sie kämpfen gegen den Mieterschutz. (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten). Sie führen aber diesen Kampf nicht offen, weil Sie nicht den Mut dazu aufbringen. Sie sagen, Sie wollen den Mieterschutz nur modernisieren. Der Sprecher der nichtexistenten grossdeutschen Volkspartei (Gelächter) hat erklärt, gegen den Antrag zu stimmen. Das war das einzig ehrliche.

Dem Herren Gemeinderat Kunschak ist auch ein Irrtum unterlaufen. Die ersten sozialistischen Theorien über das Wohnungswesen stammen nämlich von Friedrich Engels und von seinen Darlegungen zehrt auch unser sehr verehrter Freund Damaschke. Von Friedrich Engels stammen alle die sozialistischen Theorien über das Wohnungswesen, weil er schon die Ausbeutung der Menschen durch das Privatkapital erkannt hat.

Sie haben auf Deutschland hingewiesen. Wir haben sehr viele Parteifreunde draussen, die von Wien und von unserem Freund Weber gerne lernen. In Berlin gibt es nicht weniger als 240.000 Wohnungssuchende. Der Mietzins beträgt hundertundzwei Prozent. Dort versuchen unsere Parteifreunde, das Beispiel der Wiener Gemeinde nachzumachen. Es ist ihnen aber draussen nicht möglich, weil die Arbeiterschaft nicht die Kraft besitzt, wie unsere Arbeiterschaft.

Ihr Kampf gegen die Wohnbautätigkeit wird Ihnen nicht gelingen. Der Mieterschutz ist für uns etwas Unanrührbares und wir werden ihn mit aller Kraft verteidigen. (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten).

Gemeinderat Haider (Einheitsliste) wendet sich gegen den Vorwurf, dass die Christlichsozialen Gegner des Mieterschutzes sind. Sie sind nur Gegner des Systems. Tausende haben der Sozialdemokratie ihre Stimme gegeben, weil sie glaubten, dass die Sozialdemokraten die vermeintlichen Schützer des Mieterschutzes sind, weil sie den Unterschied zwischen Ihren Worten und Taten nicht zu unterscheiden vermochten. Es ist eine Kulturschande, dass die Mieter in den städtischen Wohnbauten vom Mieterschutz ausgeschlossen sind. Sie können die Mieter jederzeit hinauswerfen und können jederzeit die Zinse steigern. Da wundert es einen wirklich, wenn Sie noch sagen, dass Sie die Freunde und wir die Feinde des Mieterschutzes sind. Eine weitere Kulturschande ist es, dass nur Sozialdemokraten in ihren Wohnhäusern Wohnungen bekommen. (Gelächter bei den Sozialdemokraten). Kaum zwei Prozent der Mieter sind antimarkisten. Mit welchem Recht verlangen Sie von den Wohnungssuchenden, dass sie in Ihrer Partei organisiert sein müssen, dass sie rot gewerkschaftlich organisiert sein müssen, dass sie den Kinderfreunden angehören und die Arbeiter Zeitung und die Unzufriedene abonnieren müssen. Sie natürlich, Herr Stadtrat, sagen, Sie wissen nichts davon. Wir verlangen, dass auch Nichtmarkisten Wohnungen bekommen, dass das System der politischen Protektionswirtschaft endlich aufhöre. (Beifall bei den Christlichsozialen).

Gemeinderat Schleifer (Soz. Dem.) erklärt, dass die überwiegende Mehrheit der Wiener Bevölkerung am 24. April für den Mieterschutz gestimmt hat. Die Mehrheit im Wiener Gemeinderat werde deshalb mit allen Mitteln den Mieterschutz verteidigen und niemals zulassen, dass das geschieht, was die Hausherren und ihre Vertreter verlangen.

GR. Huber (Einheitsliste) macht einen unverständlichen Zwischenruf.

GR. Schleifer: Ich habe Sie, Herr Gemeinderat Huber, nicht verstanden, aber auch dann würde ich Ihnen nicht antworten, denn Sie sind ein Häuserspekulant.

Bei diesen Worten entsteht bei der Minderheit ein grosser Lärm. Gemeinderat Huber schreit: Herr Bürgermeister! Ich bin kein Häuserspekulant. Ich muss mir mein Brot schwer verdienen. Das lasse ich mir nicht gefallen. Sie werden noch was erleben in diesem Saal. Zu GR. Schleifer gewandt ruft er: Gemeiner Jude! Er lebt von den Mietern.

Von den Mitgliedern der Mehrheit wird dem Gemeinderat Huber Frechheit und Unverschämtheit zugerufen. Als der Lärm verstummt ist, ersucht Bürgermeister Seitz sowohl die Mitglieder der Mehrheit, als auch der Minderheit sich jeder beleidigenden Aeusserung zu enthalten, worauf GR. Schleifer seine Rede fortsetzt. Er erklärt, dass von den Gegnern des Mieterschutzes übertriebene Nachrichten über die Mietzinse in den Gemeindegäusern verbreitet werden. Wäre dies richtig, dann würde niemand verstehen, wieso es komme, dass gerade die arbeitende Bevölkerung aus den privaten Häusern heraus will und um jede Wohnung in den Gemeindegäusern hunderte Familien sich bewerben. Die Mieter müssen auch mit allem Nach-

druck die Wiedereinsetzung des Wohnungsanforderungsgesetzes verlangen. Nur dann kann der Schacher, der heute von den Hausbesitzern mit den freierwerbenden Wohnungen getrieben wird, vermieden werden. Auch ist ein Enteignungsgesetz dringend notwendig, weil nur dann die Gemeinde in der Lage ist, die alten gesundheitsschädlichen Häuser in den inneren Bezirken zu erwerben und an ihre Stelle hygienisch einwandfreie Anlagen zu setzen. Die Vertreter der Partei der Einheitsliste wollen ein modernes Hausherrenrecht. Die Mehrheit des arbeitenden Volkes will aber die Aufrechterhaltung und den weiteren Ausbau des Mieterschutzes und sie wird mit allen Mitteln gegen jeden Anschlag sich zur Wehr setzen. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit).

Gemeinderat Doppler (Einheitsliste) stellt fest, dass Stadtrat Weber heute ein Geständnis gemacht habe. Der Mieterschutz, so sagte der Stadtrat, sei an der Verschärfung der Wohnungsnot schuld. Bisher haben wir immer gehört, dass es bald besser werden wird. Es ist aber das Gegenteil eingetreten. Die Dinge auf dem Wohnungsmarkt sind trauriger denn je. Genau so wie vor drei und vier Jahren gibt es heute noch Fälle, wo zwölf Personen in einem Kabinett hausen. Das sind unerträgliche Zustände. Wir werden auch nicht zulassen, dass die Auslieferung der Mieter unter die Kräfte der Sozialdemokratie fortgesetzt wird.

GR. Beisser (Soz. Dem.): Warum intervenieren Sie dann, dass Leute Wohnungen in den Gemeindegäusern bekommen?

GR. Doppler: Solange man für Menschen interveniert, die bedürftig sind, ist diese Bemerkung unangebracht. Erinnern Sie sich nur an jene Interventionen, die im Zusammenhang mit gewissen Zeitungen erfolgt sind.

GR. Iser (Soz. Dem.): Intervenieren Sie auch bei den Hausherren?

GR. Doppler: Auf solche ungeschickte Bemerkungen will ich nicht antworten.

GR. Iser: Freilich, reden wir von etwas anderem!

GR. Doppler: Als Obmann der Mietervereinigung hat GR. Schleifer auch erklärt, dass die Gemeinde genug Wohnungen bauen werde und dann kein Mieterschutz mehr notwendig sei. Das sollten sich die Mieter merken. Aber Ihnen ist eben gar nicht um den Mieterschutz zu tun, sondern nur um die Parteipolitik. Sie haben am 24. April mit dem Aufgebot des ganzen Terrors, dessen Sie fähig sind, gearbeitet. Rücksichtslos haben Sie die Gewalt, die Ihnen die Gemeindeverwaltung gibt, ausgenützt, Ihre Gegner an der Affichierung der Plakate gehindert und schon bei der Horanziehung der Wählermassen zu Ihrem Glück beigetragen. Jetzt setzen Sie diese Arbeit in diesem Saal fort. Der Bürgermeister hat ja in seiner Antrittsrede Ihnen den Weg gewiesen, damit Sie wissen, wie Sie sich in diesem Saal zu verhalten haben. Niemand wird Ihnen glauben, dass Sie ein Herz für die armen, wohnungslosen Teufel haben. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit). Sie möchten auch den Ausgleichsfond haben. Es würde dann damit so sein, wie mit vielen Dingen im Fürsorgewesen. Aus diesem Ausgleichsfond würde nur die Ihnen Knechtsdienste Leistenden etwas erhalten. Daraus wird aber nichts! Bringen Sie doch eine Vorlage ein, in der der Mieterschutz auch auf die städtischen Wohnungen ausgedehnt wird, Solange das nicht geschieht, ist das, was Sie vom Mieterschutz reden, eitel Schwindel. (Beifall bei der Minderheit).

Stadtrat Weber sagt in seinem Schlusswort, er hätte erwartet, dass die Minderheit über die grundsätzliche Frage des Mieterschutzes sprechen werde. Insbesondere wie sie sich das moderne Mieten-

recht vorstelle. Dieser Frage ist die Minderheit aber geflissentlich ausgewichen. Die Mehrheit habe immer in der unzweideutigsten Weise erklärt, was sie sich unter dem Mieterschutz vorstelle. Gewiss hat der Mieterschutz an der Verschärfung der Wohnungsnot viel schuld. Das ist gar kein Geständnis. Aber es kann sich nun auch der Aermste eine ordentliche Wohnung leisten, was bei dem Mangel eines Mieterschutzes nicht möglich wäre.

In der ganzen Welt, in allen Grossstädten, bestand ein Ueberschuss an Wohnungen von mindestens drei Prozent. Nur in Wien gab es das nicht. Wenn wir diesen Zustand herbeiführen, dann ist es unmöglich, dass das Mietenunrecht in der alten Form wieder auferstehen könnte. Ihnen handelt es sich um etwas ganz anderes. Sie wollen die Wiederherstellung der Hausherrenrente. Sie fangen ganz klein an. Wir sagen, dass es hier kein Kompromiss gibt. Wer sich auf diese schiefe Bahn begibt, muss damit rechnen, dass die Erhöhung des Mietzinses unweigerlich bis zur Verzinsung des Baukapitals erfolgt. Das bedeute aber den 22tausend bis 28tausendfachen Mietzins. (Gelächter bei der Minderheit). Sie lachen sich ja selber aus. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit). Wir haben ja hier bei der Minderheit einige neue Baufachleute. Die werden Ihnen bestätigen, dass die Baukosten heute das 22tausendfache betragen.

GR. Panosch (Einheitsliste): Wann bekommen wir eine Abrechnung von einem städtischen Bau?

StR. Weber: Die Abrechnungen liegen bereits seit Wochen in der Baudirektion zur Einsicht auf.

GR. Kunschak: Der Baudirektor hat aber den Zeitungen mitgeteilt, dass diese Abrechnungen noch nicht vorgelegt werden können.

StR. Siegel: Das ist unrichtig. Die Abrechnungen liegen von dutzenden Bauten vor.

StR. Weber: Es wird ja in Wien, wenn auch wenig, so doch hier und da privat gebaut. Ich habe hier die Abrechnung eines privaten Baues in der Gottfried Kellergasse. Dort kostet eine Vierzimmerwohnung dreizehntausend Schilling, die sofort erlegt werden mussten. Die Miete beträgt siebentausendzweihundert Schilling. Eine zweite Wohnung in der gleichen Gasse kostete siebzigtausend Schilling. Das zeigt, dass das Privatkapital gegenwärtig nicht bauen kann, obwohl nach dem kapitalistischen Gesetz von Angebot und Nachfrage gerade jetzt für die private Bautätigkeit eine Hochkonjunktur sein müsste.

Sie geben uns immer Rathehläge wegen der Finanzierung unserer Wohnhausbauten. Warum versucht der Bund diese Methoden nicht, wenn sie so gut sind, wie Sie uns immer einreden wollen. Niemand wird den Bund und die anderen Länder an der Durchführung des Wohnhausbaues mit Ihren Methoden hindern.

Peus ist ein Phanatiker der Flachbauweise. Sie sprechen hier immer für den Flachbau und in Ihren Reihen haben Sie Leute, die nicht Freunde des Flachbaues sind (Stadtrat Siegel: Dr. Kienböck zum Beispiel). Sie haben also auch in Ihrer Partei Ihre Peuse.

Herr Gemeinderat Kunschak hat gemeint, es sei eine bewusste Lüge, dass wir auf unsere Häuser schreiben: Errichtet aus den Mitteln der Wohnbausteuer. Man kann diese Inschrift ja ergänzen: Errichtet aus den Mitteln der Wohnbausteuer, der Lustbarkeitsabgabe, der Nahrungs- und Genussmittelabgabe, der Kraftwagenabgabe u. s. w. Die Aufschrift steht auf den Gemeindefhäusern, um die Wohnbausteuer zu popularisieren, und zu zeigen, dass sie nur zur Milderung der Wohnungsnot verwendet wird. Wenn sich jemand darüber entrüstet, so möge er die Voranschläge zur Hand nehmen und unsere Abgaben auf ihre Quellen und auf ihre Verwendung prüfen. Tatsache ist, dass viele Fachleute anerkennen, dass wir auf dem Gebiete der Wohnbautätigkeit ausserordentliches geleistet haben.

Herr Gemeinderat Kunschak hat auch gemeint, ich habe mich überhoben, wie ich davon sprach, dass wir ein trauriges Erbe übernommen haben. Früher wurden die Bauten nicht aus Gemeindemitteln, sondern aus den Provisionsfonds bestritten. Im Verein mit der Wohnungsfürsorgegemeinschaft hat die damalige Gemeindeverwaltung Notstandshäuser, zum Beispiel in der Gablengasse errichtet, die wohl als trauriges Erbe bezeichnet werden müssen.

Herr Gemeinderat Kunschak hat auch erklärt, dass früher der kubische Inhalt der Wohnungen viel grösser war als er heute ist. Er hat auch gesagt, dass wir die Fenster kleiner machen. Nun hat die frühere Gemeindeverwaltung die sogenannten Cashäuser in Gross Jedlersdorf erbaut. Dort gibt es Wohnungen mit 33¹/₄ Quadratmeter, mit 38¹/₆ Quadratmeter, aber auch mit 22 Quadratmeter. Diese Wohnungen aber weisen einen Kubikinhalte von 104¹/₃ Kubikmeter auf, während die heutigen Gemeindefwohnungen einen Kubikmeterinhalt von 112 Kubikmeter haben. Bei den Wohnungen kommt es nicht auf die Höhe an, sondern auf ihre Anlage und darauf, dass die Fenster ins Freie gehen, dass jede Wohnung ein Klosett hat und dass jede Wohnung entsprechend ausgestattet ist. Die Höhe, in der wir die Wohnungen bauen, genügt und jeder Zentimeter darüber hinaus wäre ein Luxus. Ich will nur feststellen, dass unsere Wohnungen grösser sind als die, die das Privatkapital erbaut. Das ist keine Uebertreibung, das ist eine Tatsache.

Herr Gemeinderat Kunschak hat auch erklärt, ich habe die Obdachlosen in einen Topf geworfen. Das ist nicht wahr. Uns ist es gelungen, die Obdachlosigkeit niederzuhalten. Aber in jeder Stadt gibt es Obdachlose geben und die wird es immer geben, die habe ich gemeint. Während in anderen Städten die Zahl der Obdachlosen in die Hunderte geht, ist im Gegensatz dazu die Zahl der Obdachlosen in Wien nicht gestiegen, trotzdem wir kein Anforderungsgesetz mehr haben. Es ist nicht immer möglich, sofort eine Familie unterzubringen. Früher hatten wir das Anforderungsgesetz, mit dessen Hilfe wir Obdachlose sofort unterbringen konnten. Das Wohnungsanforderungsgesetz ist gefallen, dafür aber haben wir in den Privathäusern leerstehende Wohnungen, die an die meistbietenden verschachert werden.

Wir werden uns durch Ihre Kritik nicht beeinflussen lassen. Und wenn Sie mit Peus sagen, wir begehen eine Todsünde, so erkläre ich Ihnen, dass wir bereits sind, diese Todsünde fortzusetzen. (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten). Und wenn Sie sich beklagen, dass wir den Siedlungsbauch fördern, so zeigen Sie uns eine Stadt, in der so Ausserordentliches geschaffen wurde wie in Wien. Zeigen Sie uns Wiener Siedlungen im Ausland, zeigen Sie uns, wo das Siedlungswesen so gepflegt wird wie in Wien, und zeigen Sie uns, wo der Arbeiter ein Siedlungshaus bekommt!

Ich bitte das Wohnprogramm einstimmig zu beschliessen. Einstimmig deshalb, weil ich nicht glauben kann, dass in diesem Saal jemand sein kann, der für die Einstellung der Wohnbautätigkeit ist, die wir mit der ganzen Kraft, die uns innewohnt, durchführen werden. (Stürmischer, langanhaltender Beifall bei den Sozialdemokraten).

Das Wohnbauprogramm wird sodann mit den Stimmen der Christlichsozialen und Sozialdemokraten angenommen.

Stadtrat Weber referiert weiters über das Siedlungsprogramm, das den Bau von 500 Siedlungshäusern mit einem Kostenaufwand von 7,620.000 Schilling vorsieht.

Dazu spricht Gemeinderat Ullreich (E.L.) dessen Ausführungen sich hauptsächlich mit dem Vertrag mit der Gesiba beschäftigen.

Siebenter Bogen.

St. R. Weber erklärt, dass die Gemeinde jedes Jahr 500 Siedlerhäuser errichtet. Die Erstellung durch die Gesiba hat sich als die bessere und billigere Methode erwiesen. Die Gesiba wurde übriger zu dem Zweck gegründet, um die Siedlungsgenossenschaften zu fördern. Die Gemeinde befinde sich hier auf dem richtigen Weg. Gewiss könnte der Bund auch etwas tun. Wenn die Bundesregierung eine Steuer für die Errichtung von Siedlungsbauten beschliesst, so wird sie niemand daran hindern, sondern sie findet die tatkräftigste Unterstützung der Sozialdemokraten.

Die Vorlage wird einstimmig angenommen.

St. R. Weber beantragt die Gewährung eines weiteren Darlehens von einer Million Schilling an die Gesiba für die Heimbauhilfe. Um diesen Betrag sollen weitere 50 Siedlungshäuser beim Wasserturm am Laerberg gebaut werden. 40 Häuser sind bereits fertiggestellt. Die Verzinsung des Baukapitales wird von fünf auf vier Prozent herabgesetzt und auch sonst weit gehende Begünstigungen den Interessenten zugestanden.

G. R. Ullreich (E. L.) beantragt, dass der Zinsfuß auch für Kernhauskredite, der jetzt fünf Prozent beträgt vom 1. Juni an auf vier Prozent herabgesetzt werde. Die Heimbauhilfe belaste die Leute noch immer sehr stark. Das Darlehen wird mit 18.000 Schilling festgesetzt, rechnet man alle Zahlungen, so hat der Mieter rund 200 Schilling monatlich für das Haus zu zahlen. Das ist eine zu grosse Belastung und es ist deshalb verständlich, dass trotz grosser Reklame in den Zeitungen und in der Strassenbahn diese Häuser nur schwer anbringlich sind. Redner beantragt, dass die Frist für die Rückzahlung des Kredites von 15 auf Dreissig Jahre verlängert wird. Dadurch wird es einen grösseren Kreis ermöglicht, solche Häuser zu erwerben.

In seinem Schlusswort beantragt Stadtrat Weber die beiden Anträge des Gemeinderates Ullreich der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zuzuführen und bittet um Annahme der Vorlage.

Die Vorlage wird angenommen und Bürgermeister Seitz schliesst um 11 Uhr die Sitzung.
